

Deutsche Konjunkturperspektiven 2010/2011: Erholung setzt sich fort¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaftliches Umfeld

Im Frühjahr 2010 schreitet die Erholung der Weltwirtschaft voran, die Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 wird allmählich überwunden. Allerdings ist das Tempo der Expansion in den einzelnen Weltregionen sehr unterschiedlich. In einigen Schwellenländern, vor allem in **Asien**, ist es ausgesprochen hoch, und vereinzelt besteht sogar die Gefahr einer konjunkturellen Überhitzung. Dagegen ist in den Industrieländern die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten weiterhin gering. Hier hat sich die Erholung noch nicht gefestigt, sondern wird nach wie vor maßgeblich von der expansiven Wirtschaftspolitik getragen.

Von der verhältnismäßig frühen und kräftigen Erholung von Produktion und Nachfrage in den asiatischen Schwellenländern gingen im Jahr 2009 spürbare Impulse auf die Industrieländer aus, deren reale Außenbeiträge auch deshalb merklich stiegen. Zwar war es auch in den Schwellenländern im Herbst 2008 zu einem Einbruch der Produktion gekommen, der teilweise sogar ausgesprochen heftig ausfiel. Doch zeigt sich nun, dass die Auswirkungen der Finanzkrise den mittelfristigen Wachstumspfad aufgrund zumeist solider Finanzsektoren und eines allgemein günstigen makroökonomischen Umfeldes in den Schwellenländern insgesamt offenbar nur wenig verändert haben. Insofern kann durchaus von einer Abkoppelung wichtiger Schwellenländer von der Entwicklung in den Industrieländern gesprochen werden.

Denn in den Industrieländern sind immer noch die Nachwehen der Finanzkrise spürbar. Die Situation an den Finanzmärkten in Europa und in den USA, die sich im Sommerhalbjahr 2009 deutlich entspannt hatte, hat sich seither nur noch wenig verbessert; nennenswerte Anregungen gehen von dieser Seite zur Zeit nicht aus. Zudem mehren sich an den Finanzmärkten inzwischen Sorgen um die Staatsfinanzen. Die Finanzinvestoren sehen derzeit zwar nur für einzelne, zumeist kleinere Länder erhebliche Insolvenzrisiken. Doch nimmt die Staatsverschuldung gegenwärtig fast überall stark zu, und so muss die Wirtschaftspolitik in den Industrieländern auf mittlere Sicht im Zeichen der Haushaltskonsolidierung stehen. Die Folgen der Finanzkrise dämpfen wohl noch einige Zeit die Ausgabebereitschaft der privaten Haushalte und der Unternehmen, besonders dort, wo der Finanz- und der Immobiliensektor in eine strukturelle Krise geraten sind. Aber auch in Ländern, die wie Japan oder

Deutschland in der Krise vor allem durch das Wegbrechen der Exporte betroffen waren, dürfte sich die Produktion nur langsam von den im Zuge der Krise erlittenen schweren Einbußen erholen.

So wird die konjunkturelle Dynamik in den Industrieländern in diesem und im nächsten Jahr voraussichtlich gering sein. Bei der verhaltenen wirtschaftlichen Expansion wird sich die Lage am Arbeitsmarkt nur sehr allmählich bessern. In den **USA** bleibt die Konjunktur in der Grundtendenz im Prognosezeitraum zwar aufwärts gerichtet, doch wird sich die wirtschaftliche Expansion nach der kräftigen Ausweitung im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres zunächst spürbar verlangsamen. Der **Euroraum** wird wohl auch in diesem und im nächsten Jahr ein konjunktureller Nachzügler sein; einige Länder, in denen die desolante Lage der öffentlichen Finanzen die Regierungen zu einem scharfen Konsolidierungskurs zwingt, werden sogar in der Rezession verharren. Recht kräftig bleibt hingegen voraussichtlich die wirtschaftliche Expansion in den Schwellenländern. Alles in allem wird die Weltproduktion 2010 um 2,9 % und 2011 um 2,7 % zunehmen. Der Welthandel wird im Verlauf dieses Jahres und im nächsten Jahr mit einer Rate von voraussichtlich 6,5 % in etwa so rasch steigen wie im längerfristigen Mittel. Das Preisklima dürfte bei alledem ausgesprochen ruhig bleiben, wenngleich die Inflationsraten infolge der gestiegenen Ölpreise 2010 etwas höher ausfallen werden als im vergangenen Jahr.

Ausblick für Deutschland

In Deutschland ist die wirtschaftliche Erholung im Winterhalbjahr 2009/2010 vorübergehend ins Stocken geraten. Allerdings kommen darin vorwiegend temporäre Faktoren zum Ausdruck, zuletzt insbesondere der ungewöhnlich strenge und lange Winter, aufgrund dessen vor allem die Bauproduktion einbrach, da viele Baustellen vorübergehend stillgelegt werden mussten. In der Grundtendenz dürfte die Konjunktur nach dem tiefen Einbruch infolge der Finanzkrise weiterhin aufwärtsgerichtet sein. Die Auftragseingänge sind zu Jahresbeginn kräftig gestiegen, und die Ausfuhren erholen sich weiter. Auch blicken die Unternehmen zuversichtlich in die Zukunft.

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.

Die wieder günstigere Stimmung lässt sich zudem daran ablesen, dass die Unternehmen ungeachtet der zuletzt schwächeren Produktion den Personalbestand sogar bereits wieder leicht ausweiten.

Von der Wirtschaftspolitik dürften im Prognosezeitraum gegenläufige Wirkungen auf die Konjunktur ausgehen. Die EZB wird nach Einschätzung der Institute ihre expansive Zinspolitik beibehalten und wird sich vorerst darauf beschränken, die außergewöhnlichen Maßnahmen zur Liquiditätsversorgung zurückzunehmen. Die Finanzpolitik hingegen gibt zwar in diesem Jahr der Konjunktur noch spürbare Anregungen. Da die Stimulierungsprogramme aber auslaufen und erste Schritte zur Konsolidierung des Staatshaushalts zu erwarten sind, wirkt sie ab dem kommenden Jahr dämpfend. Vor diesem Hintergrund erwarten die Institute, dass sich die Belebung der Konjunktur zwar fortsetzt, dass sie aber moderat verlaufen wird. Getrieben wird die Erholung weiterhin von den Exporten, die in der Rezession unerwartet stark eingebrochen waren. Sie profitieren von der lebhaften Expansion insbesondere in den Schwellenländern. Aber auch die Inlandsnachfrage

belebt sich. So dürften die privaten Konsumausgaben bei wieder steigenden real verfügbaren Einkommen moderat ausgeweitet werden, und die Ausrüstungsinvestitionen fassen langsam wieder Tritt. Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2010 um 1,5 % steigen (vgl. Tab. 1).

Im kommenden Jahr wird die Inlandsnachfrage weiter verhalten expandieren. Zwar erwarten die Institute, dass die Finanzpolitik auf den angekündigten Konsolidierungskurs einschwenkt, indem sie Ausgaben kürzt, Steuervergünstigungen verringert und Sozialbeiträge erhöht. Zudem fallen die Impulse durch die Konjunkturprogramme nach und nach weg, wodurch die öffentlichen Bauinvestitionen sinken werden. Mit der Dauer der Investitionsschwäche werden aber Ersatzbeschaffungen und Modernisierungsmaßnahmen dringlicher, so dass die Ausrüstungsinvestitionen anziehen. Auch dürften die immer noch sehr niedrigen Hypothekenzinsen dem Wohnungsbau Auftrieb geben. Die privaten Konsumausgaben werden durch anziehende Realeinkommen gestützt. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels bleibt im Verlauf

Tabelle 1: Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Reales Bruttoinlandsprodukt						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	3,2	2,5	1,3	-5,0	1,5	1,4
Westdeutschland ¹	3,1	2,5	1,3	-5,2	1,5	1,4
Ostdeutschland ²	3,4	2,0	1,0	-3,5	1,1	1,3
Erwerbstätige ³ (1 000 Personen)	39.075	39.724	40.279	40.265	40.233	40.249
Arbeitslose (1 000 Personen)	4.487	3.777	3.268	3.423	3.382	3.313
Arbeitslosenquote ⁴ (in %)	10,3	8,7	7,5	7,9	7,8	7,6
Verbraucherpreise ⁵						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,6	2,3	2,6	0,4	0,9	1,0
Lohnstückkosten ⁶						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	-1,5	0,2	2,2	5,2	-0,6	-0,2
Finanzierungssaldo des Staates ⁷ in Mrd. €	-38,1	4,7	1,0	-79,3	-121,3	-105,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-1,6	0,2	0,0	-3,3	-4,9	-4,2
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. €)	150,1	185,1	167,0	119,2	146,0	155,0

¹ Einschließlich Berlin. ² Ohne Berlin. ³ Im Inland. ⁴ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept).

⁵ Verbraucherpreisindex (2005 = 100). ⁶ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. ⁷ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis VGR der Länder; Deutsche Bundesbank; 2010 und 2011: Prognose der Institute.

des Jahres klein, weil neben den Exporten auch die Importe anziehen. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahresdurchschnitt 2011 voraussichtlich um 1,4 % zunehmen.

Der Arbeitsmarkt hat sich seit Beginn der Rezession als erstaunlich robust erwiesen. Diese unerwartet günstige Entwicklung resultiert vor allem aus zwei Effekten: Erstens horten die Unternehmen, begünstigt durch die Förderung der Kurzarbeit und die flexiblere Gestaltung vieler Tarifverträge, in beträchtlichem Maße Arbeitskräfte. Zweitens profitiert der Arbeitsmarkt in der Grundtendenz immer noch von der Lohnmoderation in den vergangenen Jahren. Die Erwerbstätigkeit dürfte in diesem Jahr noch leicht sinken. Die Arbeitslosigkeit wird gleichwohl geringfügig abnehmen, da das Erwerbspersonenpotenzial aufgrund der demografischen Entwicklung zurückgeht. Für 2011 ist mit einer Stagnation der Erwerbstätigkeit und mit einer weiteren Abnahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die Arbeitslosenquote (in der Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit) dürfte von 8,1 % im Jahr 2010 auf 7,9 % im Jahr 2011 sinken. Die Verbraucherpreise werden nur moderat steigen, die Inflationsrate wird in diesem Jahr 0,9 % und im kommenden Jahr 1,0 % betragen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird sich weiter verschlechtern. Die Defizitquote dürfte 2010 auf 4,9 % steigen. Im kommenden Jahr ist mit einem Rückgang der Quote auf 4,2 % zu rechnen, insbesondere weil die Konjunkturprogramme auslaufen und erste Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung ergriffen werden dürften.

Die Risiken für die Konjunktur bleiben groß. Diese resultieren zum Teil aus dem weltwirtschaftlichen Umfeld. Zudem ist die Lage im Bankensektor nach wie vor schwierig, auch wenn die Kreditrestriktionen zuletzt nicht weiter verschärft wurden. Jedoch können an den Finanzmärkten immer wieder Probleme auftreten, z.B. wenn aufgrund der hohen Defizite Zweifel an der Solvenz mancher Staaten aufkommen.

Infolge der Wirtschaftskrise haben sich auch die mittelfristigen Aussichten für die deutsche Wirtschaft verschlechtert, das Bruttoinlandsprodukt wird in den kommenden Jahren spürbar niedriger sein, als vor der Krise erwartet wurde. Erstens ist das Produktionspotenzial in Deutschland wohl niedriger als zuvor geschätzt, zweitens dürfte sich die Produktion dem Trend nur langsam annähern. Die Institute erwarten, dass das Produktionspotenzial im Zeitraum 2009 bis 2014 um 1 % pro Jahr zunimmt. Die wirtschaftliche Erholung in Deutschland dürfte sich nach 2011 leicht beschleunigt fortsetzen. Gleichwohl wird das reale Bruttoinlandsprodukt nach dem scharfen Einbruch im vergangenen Jahr erst 2013 das Niveau aus dem Jahr 2008 erreichen. Am Ende des Projektionszeitraums wird dann die Lücke zwischen der laufenden Produktion und dem Produktionspotenzial geschlossen.

Exkurs: Ostdeutschland

Die Wirtschaftskrise hat auch in Ostdeutschland tiefe Spuren hinterlassen. Das Bruttoinlandsprodukt sank im Jahr 2009 nach vorläufigen Berechnungen der amtlichen Statistik um 3,5 %. Besonders betroffen war das Verarbeitende Gewerbe mit einem Minus an Bruttowertschöpfung von 15 %. Allerdings fielen die Rückgänge, wie von den Instituten im Frühjahr 2009 erwartet, nicht so dramatisch aus wie in Westdeutschland. Maßgeblich dafür waren strukturelle Gründe. So ist der Industrialisierungsgrad der ostdeutschen Wirtschaft trotz Aufholendenzen nach wie vor geringer und deren Ausrichtung auf die Außenmärkte schwächer ausgeprägt. Dies alles wirkt während der Erholung bremsend, so dass in diesem Jahr mit einem schwächeren Produktionsanstieg als in Westdeutschland zu rechnen ist.

Zwar hat die Produktion in der ostdeutschen Wirtschaft nach dem Absturz zu Beginn des vergangenen Jahres deutlich zugelegt. Erste Indikatoren für den Konjunkturverlauf in der Industrie im Jahr 2010 sprechen aber für eine nachlassende Dynamik. Die treibenden Kräfte der konjunkturellen Erholung von den Auslandsmärkten entfalten sich langsamer, werden aber in diesem und dem kommenden Jahr für Produktionszuwächse sorgen. Allerdings bleibt ihre direkte gesamtwirtschaftliche Wirkung geringer als in den exportintensiven westdeutschen Ländern. Dies gilt wegen des relativ kleinen Gewichts des Investitionsgütersektors auch für die Anregungen aus der Aufhellung des Investitionsklimas in Deutschland. Stärker wird die ostdeutsche Industrie indirekt über die Zulieferbeziehungen zu westdeutschen Endproduzenten an der wirtschaftlichen Erholung partizipieren. In Folge der anziehenden Nachfrage nach Industriegütern werden auch die Leistungen des Verkehrsgewerbes und der wirtschaftsnahen Dienstleister zunehmen. Die konsumnahen Wirtschaftsbereiche werden von der wachsenden Nachfrage der privaten Haushalte profitieren.

Das Baugewerbe wird in diesem Jahr noch einmal Impulse aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm erhalten und nach dem starken witterungsbedingten Einbruch der Produktion zu Jahresbeginn auf den Wachstumskurs zurückkehren. Im Verlauf des kommenden Jahres wird jedoch die Bauproduktion mit dem Auslaufen der konjunkturstabilisierenden Maßnahmen sinken. Insgesamt dürfte sich jedoch 2011 die konjunkturelle Dynamik infolge der Verlagerung der treibenden Kräfte auf die Inlandsnachfrage geringfügig verstärken. Alles in allem rechnen die Institute für Ostdeutschland mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2010 um 1,1 % und im darauffolgenden Jahr um 1,3 %. Begünstigend dürfte insgesamt die anhand der Lohstückkosten gemessene anhaltende Verbesserung der Wettbewerbsposition der ostdeutschen Produzenten wirken (vgl. Tab. 2).

**Tabelle 2: Indikatoren zum wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland
Relationszahlen für Ostdeutschland (ohne Berlin), in jeweiligen Preisen**

	1991	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Westdeutschland = 100												
Bruttoinlandsprodukt nominal je Einwohner ¹	33,6	60,6	63,1	63,8	65,6	66,6	67,5	67,6	68,3	68,7	69,1	70,5
Bauinvestitionen nominal je Einwohner ¹	73,8	186,0	124,6	106,6	102,8	105,0	102,4	99,1	89,2	89,5	–	–
Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen												
nominal je Einwohner ¹	58,3	105,0	85,2	72,0	64,0	62,5	68,0	64,9	67,3	67,4	–	–
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ¹	49,8	74,8	76,8	76,9	76,0	77,2	77,4	78,0	78,2	78,0	78,5	79,5
je Arbeitsstunde der Arbeitnehmer ¹			70,1	70,6	71,4	71,8	72,5	73,1	73,6	74,5	75,4	75,9
Arbeitsproduktivität je Erwerbstätige ^{1,2}	35,2	66,4	72,2	74,0	76,1	76,7	77,4	77,6	77,9	77,8	78,2	79,7
je Arbeitsstunde der Erwerbstätigen ^{1,2}			67,1	69,2	71,6	72,4	73,3	73,4	74,0	74,9	75,7	76,6
Lohnstückkosten ^{1,3} Basis Personen	141,4	112,7	106,4	103,9	101,2	100,6	100,0	100,6	100,5	100,3	100,4	99,8
Basis Stunden			104,4	102,1	99,6	99,2	98,9	99,6	99,5	99,5	99,6	99,0
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr												
Bevölkerung ¹ Ostdeutschland	–	–0,4	–0,6	–0,8	–0,9	–0,8	–0,7	–0,7	–0,7	–0,8	–0,8	–0,8
Westdeutschland	–	0,4	0,3	0,4	0,4	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0	–0,1	–0,2
Erwerbstätige (Inland) ¹ Ostdeutschland	–	2,1	–0,9	–1,6	–1,6	–1,2	0,1	–0,9	0,6	1,6	0,8	–0,4
Westdeutschland	–	–0,1	2,4	0,8	–0,4	–0,9	0,4	0,0	0,6	1,7	1,5	0,0
Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen (Inland) ¹ Ostdeutschland	–	–	–2,4	–3,0	–3,1	–1,8	0,0	–1,3	–0,1	0,6	0,3	–2,7
Westdeutschland	–	–	1,2	–0,1	–1,1	–1,3	0,7	–0,5	0,4	1,0	1,5	–2,8

¹ Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer ohne Berlin, für Westdeutschland: alte Bundesländer einschließlich Berlin.

² Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (Arbeitsstunde der Erwerbstätigen).

³ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer (Arbeitsstunde der Arbeitnehmer) bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen (Arbeitsstunde der Erwerbstätigen).

Quellen: Statistisches Bundesamt (Rechenstand: Februar 2010); Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (Rechenstand: März 2010); Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (Rechenstand: März 2010); Berechnungen der Institute.

Trotz der Belebung der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten im Jahr 2010 wird sich die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt aufgrund der krisenbedingt aufgestauten Arbeitskostenbelastung nicht verbessern. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahr 2010 um 7.000 Personen bzw. 0,1 % unter den Vorjahresstand sinken. Besonders im Verarbeitenden Gewerbe, in dem – wie in Westdeutschland – der Bestand an Kurzarbeitern zurückgefahren werden dürfte, geht der Personalbestand zurück. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird infolge des demographisch bedingten Rückgangs des Arbeitsangebots und der hohen Wanderungsverluste allerdings nicht steigen. Die auf die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote wird im Jahr 2010 mit 12,4 % und im kommenden Jahr mit 12,2 % immer noch erheblich höher sein als in Westdeutschland.

Zur Wirtschaftspolitik

Die Finanzpolitik in Deutschland sollte im Jahr 2011 auf einen Konsolidierungskurs einschwenken. Voraussichtlich wird sich die konjunkturelle Lage dann so weit gefestigt haben, dass die Erholung durch einen Sparkurs nicht in einem Ausmaß beeinträchtigt würde, das ein Rückfall in eine Rezession bedeuten könnte. Kritisch ist zu sehen, dass die Bundesregierung trotz der Vorgaben und der eigenen Ankündigungen nicht erklärt hat, wie sie die Haushaltskonsolidierung gestalten will. Entsprechende Pläne will sie erst im Juni dieses Jahres vorlegen.

Die Institute haben – damit die Konsolidierung das Wachstum und die Beschäftigung möglichst wenig beeinträchtigt – wiederholt empfohlen, eine „qualitative“ Konsolidierung zu betreiben, d. h. den Anstieg der Staatsausgaben eng zu begrenzen und sie dabei zugunsten der Aufwendungen für Investitionen in Humankapital und Sachkapital umzuschichten. Der Sparkurs ist also auf die so genannten konsumtiven Ausgaben und die Finanzhilfen zu konzentrieren. Daneben sollten Steuervergünstigungen abgebaut werden.

Die EZB verfügt über einen hohen Vertrauensvorsprung. Auch deshalb hat ihre expansive Ausrichtung bisher nicht zu einem Anstieg der Inflationserwartungen geführt; diese sind immer noch nahe des Stabilitätsziels der EZB verankert. Da die Kapazitätsauslastung im Prognosezeitraum gering bleiben wird, drohen von dieser Seite keine Inflationsgefahren. Daher erwarten die Institute, dass die EZB ihren Leitzins im Prognosezeitraum unverändert lassen wird.

Die aktuelle Lage im Euroraum macht wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf vor allem in drei Bereichen deutlich. Erstens liegt der Schlüssel für den Abbau der Leistungsbilanzdefizite bei den Defizitländern, zumal sich zumindest in Spanien und in Griechenland die Salden im Warenhandel auch gegenüber Ländern außerhalb des Euroraums deutlich verschlechtert haben. Die Defizitländer müssen ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit steigern, um ihre Exporte zu erhöhen oder Importe zu substituieren.

Zweitens sind die Institute – was die Lösung von Finanzierungsproblemen einzelner Länder betrifft – der Auffassung, dass der IWF hierbei eine wichtige Rolle einnehmen sollte. Er kann glaubwürdiger als eine EU-Einrichtung drohen, dass Finanzhilfen bei Nichtbefolgung von Auflagen nicht erfolgen und verfügt daneben über große Erfahrungen bei der Organisation von Rettungsprogrammen für Staaten. Allerdings muss bei einer Einbindung des IWF sichergestellt sein, dass die Unabhängigkeit der Geldpolitik im Euroraum nicht über Finanzhilfen für Mitgliedsstaaten bzw. entsprechende Auflagen des IWF gefährdet wird. In diesem Sinne sind auch die Erklärungen des Europäischen Rates vom 25. März 2010 und der Länder des Euroraums vom 11. April 2010 zu verstehen. Dort wird als „ultima ratio“ bei mangelnder Finanzierung des griechischen Staatshaushalts über den Kapitalmarkt ein Paket aus Krediten des IWF und koordinierten bilateralen Krediten der Mitgliedsländer der Währungsunion in Aussicht gestellt. Allerdings widerspricht eine solche Hilfe dem Geist des Vertrags von Maastricht. Um die Funktionsfähigkeit der Währungsunion nicht weiter zu beschädigen, halten die Institute es für entscheidend, dass die Überwachung der in den Erklärungen eingeforderten Konditionalität und die damit verbundene Entscheidung über die Freigabe weiterer Tranchen beim IWF liegt. Zudem darf dies nicht der Einstieg in eine Transferunion sein.

Drittens geht es um die Einhaltung des Regelwerks in der Währungsunion, denn die aktuellen Probleme resultieren auch daraus, dass sich viele Länder in den vergangenen Jahren nicht an die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts gehalten haben. Über die Jahre wurde deutlich, dass die EUROPÄISCHE KOMMISSION nicht in der Lage ist, die Einhaltung der Regeln durchzusetzen. Daher ist der Teil der Erklärung des EUROPÄISCHEN RATS vom 25. März 2010 zu begrüßen, der eine Stärkung des europäischen Regelwerks vorsieht.

¹ Gekürzte Fassung der Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2010, veröffentlicht in: ifo Schnelldienst, 8/20109, S. 3–78.